



Protokoll der 10. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Mai 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Mägli Patrick (SP)

| Traktanden | Laufnummer |
|--|------------------------------|
| Traktandenliste | - |
| <i>://: Einstimmig wird dem stadträtlichen Antrag zugestimmt und das Geschäft «Orisstege, Nachtragskredit» (Nr. 2021-39) von der Traktandenliste abgesetzt.</i> | 2021-39 |
| 1. Protokoll der Ratssitzungen vom 17./25. März 2021 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzungen vom 17./25.03.2021 wird einstimmig genehmigt.</i> | - |
| 2. Primarschulrat – Ersatzwahl von 1 Mitglied des Primarschulrates für die restliche Amtsperiode vom 1. Juli 2021 - 31. Juli 2024 <i>://: Frau Barbara Egeler, geb. 1971, wird einstimmig als Primarschulratsmitglied vom 1. Juli 2021 bis 31. Juli 2024 gewählt.</i> | 2021-46 |
| 3. Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Der Rat stimmt einstimmig dem Baukredit in der Höhe von CHF 4.4 Mio. für die Pavillon-Ersatzbaute beim Schulhaus Gestadeck zu.</i> | 2020-29 2020-29a |
| 4. Cargo Sous Terrain – Interpellation «Cargo Sous Terrain – Chance für Liestal ?» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist erledigt.</i> | 2020-33 |
| 5. Veloverkehr – Postulat «Konzept Veloverkehr» der Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2020-34 |
| 6. Bezahlte arbeitsfreie Tage 2021 – Interpellation «Bezahlte arbeitsfreie Tage im Jahr 2021» von Michael Durrer der Grünen Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist erledigt.</i> | 2020-35 |
| 7. Fahrplan 2025 – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat «Fahrplan 2025» von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Der Rat nimmt einstimmig vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2016/7b Kenntnis.</i> | 2016/7 2016/7a 2016/7b |

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 8. | Frühförderung – Postulat «Eine Strategie der Frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Richard Gafner der FDP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2021-41 |
| 9. | Fair Trade Town – Bericht Stadtrat zum Postulat «Fair Trade Town Liestal» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Bruno Imsand der FDP-Fraktion <i>://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020/203a wird einstimmig Kenntnis genommen.</i> <i>://: Das Postulat Nr. 2020/203 wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2020/203 2020/203a |
| 10. | Rathausstrasse, Situationsverbesserung – Bericht Stadtrat zum Postulat «Verbesserung Situation Rathausstrasse» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion und Loris Jeitziner der SP-Fraktion <i>://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020-26a Kenntnis genommen.</i> <i>://: Das Postulat Nr. 2020-26 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2020-26 2020-26a |
| 11. | Schwieri-Passerelle – Bericht Stadtrat zum Postulat «Provisorium Schwieri-Passerelle» von Sibylle Schenker sowie Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion, Domenic Schneider und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Dominique Meschberger der SP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2021-40 2021-40a |
| 12. | Fragestunde <i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 11 Fragen und 2 Zusatzfragen beantwortet.</i> | - |
| 13. | Grüne Siedlung – Postulat «Kantonales Projekt Grüne Siedlung – günstig und mit externer Expertise einen entscheidenden Schritt für mehr Stadtgrün» von Benjamin Holinger und Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Dominic Odermatt der FDP-Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-44 |
| 14. | SBB-Betonwände begrünen – Postulat «SBB-Betonwände begrünen» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel</i> | 2021-45 |

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) begrüsst die Ratsmitglieder, den Stadtrat sowie die Medienvertreter und Gäste zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Zusammenhang mit dem angepassten Schutzkonzept COVID-19 werden folgende Punkte speziell erwähnt:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen.
 - Beim Eingang in den Landratssaal werden Hygienemasken abgegeben. Für alle Anwesenden im Landratssaal gilt die Maskentragpflicht.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
 - Die Türen und Fenster im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
 - Es findet keine Pause statt.
- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und ca. 19.30 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies dem Vizepräsidenten anzeigen, damit dieser eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.
- Einwohnerrätin Patricia Bergamin (SVP) hat mit Schreiben vom 2. Mai 2021 per 30. Juni 2021 ihren Rücktritt als Einwohnerrätin bekannt gegeben.
Das Rücktrittsschreiben wird von der Ratspräsidentin verlesen. Patricia Bergamin ist seit dem 1. Januar 2015 im Einwohnerrat. Bereits an dieser Stelle wünscht ihr der Rat für die Zukunft alles Gute und dankt ihr für das Geleistete.
- Mit E-Mail vom 21. Mai 2021 sind die Ratsmitglieder im Zusammenhang mit der Ratssitzung vom 30. Juni 2021 darüber informiert worden, dass vom Büro das Amtsjaahr-Schlussessen wegen Covid-19 abgesagt wurde und die Ratssitzung deshalb um 17.00 Uhr beginnt. Im Anschluss an die Juni-Sitzung wird ein Apéro organisiert, welcher von der SVP-Fraktion spendiert wird.

Tischpapiere

Es wurden keine Tischpapiere verteilt.

Neue persönliche Vorstösse

- Wohnungsbau gemeinnützig – Postulat «Förderung eines vielfältigen und gemeinnützigen (genossenschaftlichen) Wohnungsbaus bei Sondernutzungsplanungen (Quartierplänen)» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2021-47)
- SBB-Billettautomaten – Kleine Anfrage «SBB-Billett-Automaten auf Südseite für immer entfernt?» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion (Nr. 2021-48)
- Verkehrspolitik – Postulat betreffend zeitgemässen Verkehrspolitik in Liestal von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2021-49)
- Fernwärme – Interpellation betreffend Forcierung der Fernwärme von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2021-50)
- Buvetten-Förderung – Postulat «Förderung von Buvetten» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion (Nr. 2021-51)
- Netto Null 2040 - Motion «Netto Null 2040» von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion (Nr. 2021-52)
- Kreuzung Büchelistrasse – Postulat «Kreuzung Büchelistrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2021-53)

Die neuen Vorstösse sind den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail des Ratsschreibers zur Kenntnis gebracht worden und werden mit dem nächsten ER-Versand in Papierform verschickt.

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------------------|--|
| - Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Reichenstein Daniela (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Weyeneth Anja (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Begrüssung und Vorstellung von Stadtverwalter Marcel Meichtry

Stadtpräsident Daniel Spinnler stellt fest, dass er bereits an der letzten Ratssitzung darüber informieren durfte, dass Herr Marcel Meichtry als neuer Stadtverwalter von Liestal am 17. Mai 2021 seine Stelle antreten konnte und dieser an der heutigen Sitzung begrüsst werden darf.

Stadtverwalter Marcel Meichtry nutzt die Gelegenheit und stellt sich dem Rat kurz vor: Er ist vor 42 Jahren im Wallis geboren, was man schnell erkennt, wenn er spricht. Er wohnt mit seiner Ehefrau und zwei Kindern in Zofingen. In seiner geschäftlichen Laufbahn war er im Kanton Aargau als Sektionsleiter zuständig für sieben Bezirksgefängnisse und er war Ausbildungsleiter bei der Securitas in Olten. Als Stadtverwalter wird er sein Bestes für das schöne Stedli Liestal geben. Er hofft, dass er Liestal zusammen mit dem Einwohnerrat, dem Stadtrat, der Geschäftsleitung sowie der Verwaltung weiter vorwärts bringen und die Lebensqualität in der Kantonshauptstadt Basel-Landschaft gemäss Leitbild hoch gehalten werden kann.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) heisst den neuen Stadtverwalter namens des Einwohnerrates ebenfalls herzlich willkommen und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Stadtverwalter.

Mitteilungen Stadtrat

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf das *Postulat «Hochwasser Bintal» (Nr. 2020/7)* und informiert über die diesbezüglichen Abklärungen und Ergebnisse. Sollte die Postulantin noch weitere Detailinformationen wünschen, könnte sie sich an ihn wenden.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Traktandenliste

Stadtrat Daniel Muri beantragt dem Rat die Absetzung des 4. Traktandum «Orisstege, Nachtragskredit» (Nr. 2021-39) wegen neuen Erkenntnissen nach den Gesprächen des Stadtrates mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV) sowie der SBB von letzter Woche. Die neuen Erkenntnisse möchte man gerne noch in der nächsten BPK-Sitzung thematisieren und dann wieder traktandieren lassen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zum stadträtlichen Antrag gestellt werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag wird zugestimmt und das Geschäft «Orisstege, Nachtragskredit» (Nr. 2021-39) einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zur Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und diese somit gemäss Einladungsschreiben vom 12. Mai 2021 und mit Berücksichtigung der vorgängig beschlossenen Änderung abgearbeitet wird.

Das Traktandum «Fragestunde» wird erst am Schluss der heutigen Sitzung behandelt, da keine Pause eingeschaltet wird.

79 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzungen vom 17./25. März 2021

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend das Protokoll der Ratssitzung vom 17. März 2021 sowie Fortsetzungssitzung vom 25. März 2021 eingegangen sind. Das Büro beantragt dem Rat deshalb die Genehmigung des Protokolles vom 17./25. März 2021.

Sie kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzungen vom 17./25. März 2021 wird einstimmig genehmigt.

80 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Primarschulrat – Ersatzwahl von 1 Mitglied des Primarschulrates für die restliche Amtsperiode vom 1. Juli 2021 – 31. Juli 2024 (Nr. 2021-46)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Wahlgeschäft unbestritten ist.

Auf die Ausschreibung im Liestal aktuell vom 4. März 2021 ist lediglich Frau Barbara Egeler von der SP-Fraktion nominiert worden.

Dominique Meschberger (SP) stellt die vorgeschlagene Kandidatin dem Einwohnerrat kurz vor: Barbara Egeler ist am 5. Juli 1971 geboren und hat die Schulen in Niederdorf, Lausen und Liestal besucht. Anschliessend hatte sie in Basel und Neuenburg studiert und ein Nachdiplomstudium in Forensik in Luzern absolviert. Sie hatte am Gericht, in Verwaltungen und in Advokaturbüros gearbeitet, war juristische Mitarbeiterin im Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Untersuchungsbeamtin beim damaligen Bezirksstatthalteramt in Liestal, Untersuchungsrichterin. Seit 2011 arbeitet sie als Staatsanwältin beim Kanton Basel-Landschaft. Weitere Erfahrungen konnte sie bei einem Praktikum in einem Wohnheim für Drogenabhängige und Straftentlassene, bei ihrem Engagement in der Jugendarbeit, als Mitglied der Gemeindegemeinschaft Lausen, als Gemeinderätin und Schulpflegemitglied von Lausen sammeln. Sie ist im Wahlbüro Liestal und ein langjähriges engagiertes SP-Mitglied. Sie wird von ihrer Fraktion zur Wahl empfohlen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Da niemand eine geheime Wahl wünscht, kann über den Wahlvorschlag offen abgestimmt werden.

://: Frau Barbara Egeler, geb. 1971, wird einstimmig als Mitglied des Primarschulrates für die restliche Amtsperiode vom 1. Juli 2021 bis 31. Juli 2024 gewählt.

81 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission, 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2020-29)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert darüber, dass das Geschäft an der letzten Ratssitzung vom 28. April 2021 bereits in einer 1. Lesung beraten wurde.

Im Anschluss an die heutige 2. Lesung wird dann über den stadträtlichen Antrag abgestimmt, welcher von der BPK unterstützt wird.

Der Bruttokredit von 4,4 Mio. Franken unterliegt gemäss § 6 der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

Natalie Oberholzer (GL) möchte einige ihrer Aussagen der letzten Sitzung nochmals wiederholen und in Erinnerung rufen. Ihre Fraktion schätzt es, dass das Gebäude im Minergie-A Eco Standard erstellt wird. Auch wird es begrüsst, dass der Pavillon auch den Vereinen zur Verfügung steht. Die gute Aussenraumgestaltung wird eine wichtige Insel für Menschen und die Natur sein. Eine Beteiligung der späteren Nutzniesser bei der Planung und Umsetzung wird begrüsst. Die Grüne Fraktion wird dem Baukredit zustimmen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Baukredit in der Höhe von brutto CHF 4'400'000.-- inkl. MwSt. für die Pavillon-Ersatzbaute beim Schulhaus Gestadeck einstimmig zu.

82 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Cargo Sous Terrain – Interpellation «Cargo Sous Terrain – Chance für Liestal?» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-33)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Interpellation Nr. 2020-33 und beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt: Vorbemerken möchte er, dass „Cargo Sous Terrain“ ein neues und eigenständiges Tunnelbauwerk ist, was nicht unbedingt mit dem bestehenden SBB-Netz verglichen werden kann und deshalb eine Synergienutzung nicht unbedingt eine logische Folge wäre. Es ist eine Einrichtung der Güterlogistik und in einer ersten Phase soll die Achse Oensingen – Zürich realisiert werden, der Abschnitt Basel – Mittelland wird nicht vor 2030 in Angriff genommen. Es ist ein interessantes Thema und muss im Auge behalten werden, allerdings ist dieses für Liestal im Moment nicht prioritär, zumal Liestal kein grösserer Logistik-Standort ist. Sofern Liestal an der neuen Linie liegen würde und ein entsprechendes Logistikvolumen vorhanden wäre, käme Liestal vermutlich auch als Hub für eine Anbindung in Frage. Als Kriterium für einen Hub müsste sicher ein genügend grosses Logistikvolumen vorhanden sein, doch würde ein solcher Standort auch nicht der aktuellen Strategie entsprechen. Der bereits bestehende regionale Logistik-Umschlagplatz in Frenkendorf wäre als möglicher Hub-Standort wohl geeigneter und sinnvoller. Wichtig ist schlussendlich, dass man den Gütertransport ab der Schiene bringt.

Yves Jenni (CVP/EVP/GLP) bedankt sich als Interpellant für die Beantwortung seines Vorstosses. Angesichts der langen Traktandenliste wünscht er keine Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

83 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Veloverkehr – Postulat «Konzept Veloverkehr» der Bau- und Planungskommission (Nr. 2020-34)

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, den Vorstoss zu übernehmen.

Werner Fischer (FDP) findet es als Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK) und als Postulant schon noch interessant, dass man hier im Rat bald mehr über Velofahrer als über Autoparkplätze diskutiere. Im Zusammenhang mit der Beratung des Parkraumkonzeptes wurde in der BPK festgestellt, dass beispielsweise die Parkräume für Velos, Roller usw. im Konzept gar nicht berücksichtigt sind. Auf Nachfrage bei der Stadtverwaltung wurde die Einreichung eines Vorstosses empfohlen, was nun mit dem BPK-Postulat Nr. 2020-34 auch gemacht wurde. Beim Veloverkehrskonzept sollte die Planung des Veloverkehrs und -parkraumes sowie die Erschliessung des Zentrums und der Durchgangsachsen für den Veloverkehr aufgezeigt werden.

Dominik Beeler (GL) teilt mit, dass sich seine Fraktion darüber freue, dass von der BPK im Zusammenhang mit dem fehlenden Velo-Parkraum ein Vorstoss eingereicht wurde und der Stadtrat auch bereit ist, diesen zu übernehmen. Die Routen, die Erschliessung und der Verkehr der Velofahrer war immer wieder ein Thema im Einwohnerrat und so wird seine Fraktion der Postulatsüberweisung auch zustimmen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass das Postulat gut und klar formuliert ist und es ist wichtig, dass beim Konzept auch den markierten Veloabstellplätzen die gebührende Beachtung geschenkt wird. Die Mittefraktion wird das Postulat einstimmig überweisen.

Peter Küng (SP) berichtet, seine Fraktion unterstütze das Postulat ebenfalls. Die Erschliessung des Zentrums sowie die Durchgangsachsen sind ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit dem Veloverkehr. Im Konzept sollte dem E-Parking und den neuen Mobilitätsformen die gebührende Beachtung geschenkt werden.

Beat Gränicher (SVP) bemerkt, auch die SVP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen. Beim Vorstoss geht es nicht nur um das Parking, sondern auch um sonstige Fragen im Zusammenhang mit dem Veloverkehr. Die meisten Strassen verfügen ja meist auf beiden Seiten über ein Trottoir und er frage sich schon, ob denn die Strassen immer wieder verschmälert werden müssen, weil Veloradwege realisiert werden. Erfolgreich werden ja in vielen Städten die Fusswege von Velofahrern sowie Fussgängern gemeinsam benutzt und entsprechend markiert. Und so hofft er, dass solche Lösungen auch in Liestal umgesetzt werden, damit auf unnötige höhere Investitionskosten verzichtet werden kann. Solche Lösungsansätze müssten zumindest bei neuen Strassenbauten sowieso zwingend geprüft werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2020-34 an den Stadtrat überwiesen.

84 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Bezahlte arbeitsfreie Tage 2021 – Interpellation «Bezahlte arbeitsfreie Tage im Jahr 2021» von Michael Durrer der Grünen Fraktion (Nr. 2020-35)

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf den Vorstoss und beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt: Dasselbe Thema ist ja im Kantonsparlament bereits mit der Interpellation Nr. 2020/348 thematisiert worden und vom Regierungsrat ist ein zusätzlicher bezahlter Arbeitstag als Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden beschlossen worden. Gemäss Personalverordnung der Stadt Liestal werden die Sollarbeitszeit und die arbeitsfreien Tage durch den Stadtverwalter festgelegt. Auch werden vom Stadtverwalter, in Absprache mit der Personalkommission, die Öffnungszeiten der Verwaltung festgelegt. In der Stadtverwaltung werden verschiedene Entscheide auf operativer Ebene durch den Stadtverwalter gefällt. Unter Berücksichtigung des vom Regierungsrat beschlossenen zusätzlichen arbeitsfreien Tages vom 27. Dezember sowie den arbeitsfreien Tagen der Stadt kann festgestellt werden, dass die Differenz zum Kanton schlussendlich nur gerade einen halben Arbeitstag ausmacht. Die erste Frage der Interpellation kann bejaht werden und die kantonale Regelung gilt für die Lehrpersonen. Vor ein paar Jahren hatte der Kanton für seine Angestellten eine Lohnkürzung von 1 % beschlossen und dieser Entscheid ist vom Einwohnerrat und der Stadt Liestal für seine Angestellten nicht mitgetragen worden. Auch ist ein Vergleich der Lehrerschaft mit dem Verwaltungspersonal nicht möglich, berücksichtigt man beispielsweise die unterrichtsfreie Zeit der Lehrkräfte. Grundsätzlich könnte auch vom Stadtrat der Entscheid des Stadtverwalters und der Personalkommission hinsichtlich eines zusätzlichen arbeitsfreien Tags übersteuert werden, doch war der diesbezügliche Kantonsentscheid in der Verwaltung kein Thema und man ist damit einverstanden, wie es momentan der Fall ist. In der Regel folgen die Gemeinden und somit auch Liestal dem Kanton, doch sieht der Stadtrat im vorliegenden Fall keine Notwendigkeit sowie keinen Handlungsbedarf, denn man muss auch berücksichtigen, dass Liestal beispielsweise einen freien Tag für den Mitarbeiterausflug gewährt, was beim Kanton nicht der Fall ist. Auch sind die Lohnbedingungen nicht immer identisch. Es ist zudem unklug, die Lehrkräfte und das Verwaltungspersonal gegen einander auszuspielen.

Michael Durrer (GL) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Michael Durrer (GL) erklärt als Interpellant, dass ihn die abschlägigen Antworten des Stadtrates nicht wirklich überraschen. Seine Fraktion sieht im Zusammenhang mit der Ungleichbehandlung des Lehrpersonals und der Verwaltungsangestellten schon ein Problem. In der Vergangenheit ist hier im Rat schon mehrmals über zusätzliche Stellenprozente, Teuerungszulagen-Erschädigungen usw. diskutiert worden. Und dabei hatte der Stadtrat immer wieder zu Recht betont, dass die Wertschätzung gegenüber seinen Mitarbeitenden nicht mit finanziellen Abgeltungen verknüpft werden muss und es andere Möglichkeiten dafür gibt. Die vom Regierungsrat gemachte Begründung im Zusammenhang mit dem zusätzlich gewährten arbeitsfreien Tag passt ja auch für die Stadt Liestal, da auch ihr dafür die finanziellen Mittel fehlen. Hier im Rat wird immer wieder die gute Arbeit der Verwaltung gewürdigt und so sind für ihn die stadträtlichen Antworten und Argumente nicht ganz nachvollziehbar, hätte dieser doch mit einem zusätzlich bezahlten arbeitsfreien Tag sein Wertschätzung gegenüber seinen Mitarbeitenden auch zum Ausdruck bringen können.

Beat Gränicher (SVP) zitiert aus dem Revisorenbericht der BDO AG zur Rechnung 2020: „Der Bestand an Ferien- und Gleitzeitsaldi der Mitarbeitenden der Gemeinde beträgt TCHF 414 (Vorjahr TCHF 403). Die Kontrolle der Berechnung hat ergeben, dass der zur Berechnung der Rückstellungen verwendete Satz auf einem durchschnittlichen Wert der Stundensätze aller Mitarbeiter beruht CHF 49.86 (Vorjahr CHF 47) inkl. 13. Monatslohn und Sozialleistungen. 11 Mitarbeiter/innen verfügen über ein Ferienguthaben von mehr als 15 Tagen (Vorjahr 5). 5 Mitarbeiter/innen verfügen über ein Ferienguthaben von mehr als 20 Tagen (Vorjahr 2).“

Er kann sich noch gut daran erinnern, als man dem Gesundheitspersonal, den Detailhandelsangestellten, den Chauffeuren und Bützern im Zusammenhang mit deren Corona-Arbeitsmehraufwand als Dank applaudiert hatte. Nun will man dem Büropersonal als Dank gar noch einen zusätzlichen Ferientag schenken, weil die armen Angestellten im Jahr 2021 zu wenige Feiertagsbrücken machen können. Wie würde es denn aussehen, wenn all die Feiertage auf einen Donnerstag fallen und noch mehr Feiertagsbrücken anfallen würden? Das Gesundheitspersonal musste die Arbeitspensen aufstocken, damit wir keine Kranken auf der Strasse auflesen mussten. Auch mussten in verschiedenen Läden die Pensen erhöht werden, damit wir Toilettenpapier, Früchte, Gemüse, Konserven, Babynahrung und Tierfutter einkaufen konnten. Dieses musste teilweise sogar vor die Haustüre geliefert werden. Chauffeure konnten teilweise nicht einmal auf die Toilette gehen und eine warme Mahlzeit einnehmen, obwohl es teilweise draussen eiskalt war und alle Restaurants geschlossen hatten. Ähnlich ist es auch den Bützern gegangen. Persönlich ist er der Meinung, dass der Entscheid des Kantons für jeden Steuerzahler ein Schlag ins Gesicht ist. Sieht Solidarität so aus? Er finde es ja gut, wenn man eine soziale Ader hat, denn eine solche habe er auch. Es sollen aber doch diejenigen belohnt werden, welche in vergangener Zeit schwierige Arbeitsbedingungen hatten, und nicht diejenigen, die bereits vorher schon Vorteile hatten, indem sie Homeoffice hatten oder im warmen Büro sitzen konnten. Die SVP-Fraktion kann der Interpellation nichts Gutes abgewinnen.

Daniel Schwörer (FDP) führt aus, seine Fraktion sei sehr zufrieden mit den stadträtlichen Antworten, welche gut begründet sind. Die Konstellation der Wochentage und Feiertage sind halt jedes Jahr unterschiedlich und so sind auch die Feiertagsbrücken jedes Jahr unterschiedlich, doch kommt es über die Jahre hinweg zu einem Ausgleich. Und der Banntag Liestal ist ebenfalls ein arbeitsfreier Tag für die Mitarbeitenden der Stadt Liestal, welchen die Kantonsangestellten nicht haben. Ein Mehrfaches haben wirklich die Gesundheitsangestellten während der Corona-Zeit geleistet, was tatsächlich lediglich mit einem Applaus honoriert wurde. Und so wäre es gegenüber diesen Direktbetroffenen nicht ganz fair, wenn nun die Stadt Liestal ihren Mitarbeitenden einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag gewähren würde.

Michael Durrer (GL) freut es sehr, die Wertschätzung und lobenden Worte für das Gesundheitspersonal zu hören. Er findet es doch ganz schwierig, wie die Berufsgattungen sowie Kantons- und Stadt-Mitarbeitende gegeneinander ausgespielt werden. Vom Einwohnerrat und auch Stadtrat ist in den vergangenen Monaten immer lobend erwähnt worden, wie die Verwaltung trotz Corona-Pandemie immer aufrechterhalten wurde und gute Arbeiten abgeliefert hat, was vermutlich im Homeoffice nicht immer so ganz einfach und gemütlich war. Die stadträtlichen Argumente konnte er noch halbwegs nachvollziehen, die vorher gemachten Aussagen und Nebentöne betreffend unserem Personal finde er aber doch schwierig und möchte er so auch nicht stehen lassen.

Reto Derungs (SP) erinnert daran, dass in den Kommissionen und auch hier im Einwohnerrat immer wieder die gute Arbeit der Mitarbeitenden gewürdigt wird. Auch können die anfallenden zusätzlichen Arbeiten seit Jahren ohne Erhöhung der Stellenprozente erledigt werden. Er findet es schon absolut kleinlich, wenn man den Stadt-Mitarbeitenden nun keinen zusätzlichen arbeitsfreien Tag schenkt, wie dies der Kanton auch macht. Vor nicht langer Zeit hatte man dem Stadtrat auch mehr Lohn zugestanden und ihn nicht einfach mit einem Applaus honoriert.

Stadtpräsident Daniel Spinnler findet die Debatte mit der Gegenüberstellung und den Vergleichen von verschiedenen Berufen, den Kantons- und Stadtangestellten usw. nicht gut. Auch möchte er klar betonen, dass die Stadtverwaltung Liestal trotz der Coronapandemie immer offen war, was bei den Kantons- und anderen Gemeindeverwaltungen nicht immer der Fall war. Natürlich ist das Arbeiten insbesondere während den Wintermonaten im Büro angenehmer als draussen, sei es im Rathaus oder im Homeoffice. Zur Wertschätzung insgesamt, darf man nicht immer nur einzelne Aspekte rauspflücken, sondern muss das Gesamtpaket betrachten. Wertschätzungen sind nicht nur monetär, sondern beispielsweise auch persönlich möglich. Rein mathematisch haben die Kantonsangestellten per Saldo einen Vorteil eines zusätzlichen halben bezahlten Arbeitstages gegenüber den Stadt-Mitarbeitenden. Doch ist zu berücksichtigen, dass die Stadt-Mitarbeitenden jährlich einen bezahlten Tag für den Mitarbeiterausflug erhalten, zu einem Weihnachtsessen eingeladen werden oder Restaurant-Gutscheine erhalten, falls dieses wegen Covid-19 abgesagt werden musste. Der Stadtrat weiss sehr wohl, was er an seinen Mitarbeitenden hat und weiss dies auch zu schätzen, muss sich doch aber auch nach der Decke strecken, falls dies die Finanzlage notwendig macht. Die Wertschätzung des Personals darf wohl kaum auf den Entscheid im Zusammenhang mit einem zusätzlichen arbeitsfreien Tag für das Jahr 2021 reduziert werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

85 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fahrplan 2025 – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat «Fahrplan 2025» von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/7)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird und sich nun die Ratsmitglieder zum stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2016/7b vom 13. April 2021 äussern möchten.

Yves Jenni (CVP/EVP/GLP) hält stellvertretend für den Postulanten Rolf Gutzwiller der Mittefraktion fest, dass seine Fraktion für den sehr informativen Bericht des Stadtrates dankt. Es gefällt, dass die Studie durch die Fima SMA und Partner AG gemacht wurde, da diese für Fahrplan- und Angebotsnachfragen sowie Verkehrssysteme sehr renommiert ist. Das zeigt auch, dass das Dossier dem Stadtrat sehr wichtig ist, was begrüsst wird. Die Erstellung der verschiedenen Varianten und Szenarien ist gut gelungen. Wichtig ist doch, dass wir uns auf ein gemeinsames Ziel fokussieren. Der Stadtrat sollte zusammen mit dem Einwohnerrat und den restlichen Interessengruppen die gleiche Stossrichtung haben und Einigkeit zeigen. Denn trotz den positiven Aussichten darf man sich nicht ausruhen, sondern muss mit sehr viel Hartnäckigkeit dran bleiben und die Forderungen sowie Interessen zu Gunsten Liestals weiter vorantreiben. Ziel muss es unbedingt sein, dass wir den IC 6-Halt in Richtung Bern bis spätestens 2035 neben dem jetzt bestehenden IC 61-Halt etablieren können. Mit dem Wegfall des Schnellzugs nach Luzern und ab 2035 nach Zofingen würde dies uns auf genau eine Schnellzugverbindung nach Olten pro Stunde vertrösten, was mit dem Wachstum von Liestal und auch im Vergleich mit der heutigen Situation sicher kein Vergleich sein kann. Dies würde nämlich bedeuten, dass sich die Verbindungen für einen Grossteil der Schweiz massiv verschlechtern würden, da auch die Anschlüsse der S-Bahn auf die Anschlüsse des Fernverkehrs in Olten nicht ideal sind und wir den Schnellzughalt nach Olten unbedingt behalten und gar ausbauen möchten. Wir müssen unbedingt dafür kämpfen, dass wir nicht in die Steinzeit zurück fallen, was der Stadtrat ja ebenfalls so sieht. Die Mittefraktion unterstützt die stadträtliche Strategie und bietet auch die volle Unterstützung der Fraktion an. Bedauerlich ist, dass die Ansätze 3 und 4 etwas vorschnell beiseite gelegt wurden, denn seine Fraktion und der Postulant hatten sich bereits in der Vergangenheit für den Erhalt einer Direktverbindung nach Luzern stark gemacht. Strategisch muss aber der Ansatz 1 mit dem IC 6-Halt voran getrieben werden, damit die Verbindung nach Olten gesichert werden kann. Positiv zu bewerten ist ebenfalls die Zusammenarbeit mit dem Kanton und die gemeinsame Einigung darauf, dass Liestal als zentrale öV-Drehscheibe im Kanton etabliert werden kann, denn Liestal soll als Kantonshauptstadt und nicht als Anhängsel von Basel angesehen werden. Mit Berücksichtigung des grossen Einzugsgebietes und der Bevölkerungszahlen sollte es eigentlich auch keine Diskussion mehr sein, dass Liestal in Zukunft bei der öV-Planung als sogenanntes B-Zentrum anerkannt und berücksichtigt wird. Fazit: Der Weg ist noch steinig und lang, doch die Weichenstellung stimmt sicher.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, dass er die Ausführungen seines Vorredners weitgehend unterstützen kann. Die SVP-Fraktion dankt für die umfassenden Abklärungen. Für ihn persönlich hat die Studie keine wesentlichen neuen Aspekte ergeben, doch die Diskussion mit Fachleuten sowie der Beizug von externer Hilfe macht Sinn. Wenn es gelingen sollte, den zusätzlichen Halt des IC 6 zu gewinnen, hätte man sicher schon sehr viel erreicht, wären damit doch Direktverbindungen ab Liestal ins Wallis möglich. Gar nicht einverstanden ist seine Fraktion mit der Aussage betreffend dem Luzerner-Zug, was hier im Rat auch schon mehrmals erwähnt wurde. Er fährt diese Route relativ häufig und kann feststellen, dass in Liestal immer wieder viele Leute ein- und aussteigen. Ein Fahrplanexperte hat ihm bestätigt, dass es möglich sein sollte, dass der IC 21 von Basel nach Lugano zu gewissen Zeiten auch in Liestal halten könnte. Auch ist es für ihn unverständlich, dass der neue Treno Gottardo in Liestal keinen Halt macht, obwohl Liestal im Fahrplan aufgeführt wird. Die SBB dürfte ein generelles Problem damit haben, dass sich das Verhalten der Zugbenützer länger und mehr dahingehend verändert, dass die Bahn für den Berufsverkehr nicht mehr die gleiche Bedeutung hat und man sich vermehrt

auf den Freizeitverkehr fokussieren müsste. Beim Freizeitverkehr sind die direkten Zugverbindungen insbesondere für die älteren Leute ein wichtiger Aspekt. Es muss alles daran gesetzt werden, dass die Mobilitätsdrehscheibe von Liestal vermehrt gestärkt wird und dass man möglichst viele Direktverbindungen bekommt, zumal damit auch der stark überlastete Bahnhof in Basel eine Entlastung erfahren würde. Der Stadtrat hat einen guten Steilpass gespielt und nun muss man dafür besorgt sein, dass dieser schlussendlich ankommt. Schon vor Jahrzehnten musste man in Bern immer wieder vorstellig werden und permanent stürmen, sonst hätten wir auch heute noch keinen Schnellzug-Halt nach Zürich. Seine Fraktion wird den Stadtrat unterstützen, wo immer das möglich ist und auch dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Dominic Odermatt (FDP) merkt an, auch die FDP-Fraktion ist erfreut über den Zwischenbericht und gleichzeitig natürlich auch etwas enttäuscht. Auch unterstützt man die Bestrebungen für eine Verbesserungen der Situation im Zusammenhang mit den Fernverkehrshalten. Primär geht es doch darum, Verschlechterungen abzuwenden und nicht Verbesserungen zu forcieren. Verschlechterungen würde es geben, wenn wir den Zughalt nach Luzern tatsächlich verlieren würden. Wichtig ist aber doch, dass man es mit der Studie geschafft hat, eine faktenbasierende Diskussion zu ermöglichen. Etwas befremdlich ist aber doch, dass der Stadtrat diese Studie in Auftrag geben musste, sollte es doch vorwiegend im Interesse der SBB sein, diesbezügliche Fakten für die Entscheidungsfindungen schaffen zu können. Und enttäuschend ist es gar, wie die Resultate bei den SBB angekommen sind. Den Kanton konnte man nach einer anfänglichen Zurückhaltung schlussendlich doch noch für eine Unterstützung gewinnen. Bei der Gewichtung der ganzen Thematik sieht man halt schon, dass es nicht nur sachliche Diskussionen und Faktenentscheide gibt, sondern dass es schlussendlich immer um Interessen und politische Entscheide geht. Es ist schon wichtig, dass man Lobbying macht und Verständnis schafft. Die stadträtlichen Bestrebungen werden von seiner Fraktion unterstützt und dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

Philipp Franke (GL) äussert, er könne sich den Voten der Vorredner anschliessen und auch seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen. Die stadträtliche Stossrichtung sowie das Lobbying für die Fernverkehrshalte in Liestal wird unterstützt. Für die geleistete gute Arbeit, die Studie und den sachlichen Bericht dankt man bestens. Die grosse Bedeutung von Liestal als öV-Knotenpunkte möchte er generell betonen und er teilt beispielsweise die Meinung des SVP-Fraktionssprechers nicht, dass die Bedeutung der Berufspendler abnimmt. Seine Fraktion und ist bestrebt, dass gerade die Berufspendler länger und mehr vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen sollten.

Bernhard Bonjour (SP) dankt namens seiner Fraktion für den Zwischenbericht, welchem man ebenfalls zustimmen wird. Man findet es toll, wie stark sich der Stadtrat bei diesem Geschäft engagiert und diesbezüglich kann auch die Mitunterstützung seiner Fraktion zugesichert werden. Auch ist man froh darüber, dass sich nun auch der Kanton langsam und sicher bewegt beziehungsweise für eine Verbesserung der Fernverkehrshalte in Liestal einsetzt. Diesbezüglich sollte der Kanton noch vermehrt in die Pflicht genommen werden und eine Unterstützung des Landrates wäre wünschenswert, wann und wo dies auch immer möglich ist. Bestimmt werden sich auch die Bundespolitiker unseres Kantons einsetzen, zumal sie ja selbst von Direktverbindungen nach Bern usw. persönlich profitieren können. Liestal nimmt mit dem Vierspurausbau und im Zusammenhang mit diesem Projekt viel auf sich und hat auch immer wieder etwas Meinungsverschiedenheiten und kleine Auseinandersetzungen mit den SBB. Auch mit dem Fahrplan läuft seines Erachtens hinsichtlich den SBB-Interessen wieder etwas schief. Er hat manchmal schon das Gefühl, dass bei den SBB den grossen Zielen zu wenig Beachtung geschenkt wird. Unser Ziel ist doch die Förderung des öffentlichen Verkehrs und dies sollte doch auch das Hauptinteresse der SBB sein. So ist es ja wohl im allgemeinen Interesse öV-Benutzer, dass in Liestal möglichst viele Zughalte möglich sind und vermehrt Direktverbindungen geschaffen werden. Ihm selber sind die Zugverbindungen nach Basel beispielsweise wichtiger als nach Luzern. Der Vierspurausbau und der Viertelstundentakt für die Regionalzüge sind ja durchaus nett, doch selbst dann sind die Schnellzughalte halt immer noch attraktiver.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass das Postulat ja schon älteren Datums ist und wohl noch lange pendent bleiben wird, denn auch hier gilt das Sprichwort «Steter Tropfen höhlt den Stein». Im Jahr 2018 konnte man in der Zeitung die Schlagzeile lesen, dass Liestal trotz dem Vierspurausbau zum Provinz-Bahnhof werde. Dank einer breiten Unterstützung und dem Druck des Einwohnerrates, der Nachbargemeinden, nationaler Parlamentarier usw. konnte eine Verbesserung der Verbindung nach Zürich im Halbstunden-Takt erreicht werden. Die Verbindung ins Mittelland und in die restliche Schweiz wird mit dem Verlust des IR 27 nach Olten schlechter, da man dann in Olten auf wichtige Anschlusszüge nicht mehr umsteigen kann. Gemäss Fahrgastzahlen fahren 2/3 nach Basel, etwas weniger als 1/3 nach Zürich. Gerade einmal 4 Prozent fahren nach Luzern, was doch fast unbedeutend ist. Natürlich es schön, wenn auch weiterhin Luzern als Halt von Liestal angeboten werden könnte und wir dann neu 5 Fernverkehrhalte hätten. Betreffend dem vorgängig erwähnten fehlenden Halt des Treno Gottardo wird er noch weitere Abklärungen treffen. Der Stadtrat kann aber nicht einfach alles verlangen. Genial an der Studien-Lösung ist, dass mit der gleichen Infrastruktur der IC 6 in Liestal hält, doch darf dadurch das Laufental gemäss den Bestrebungen des Kantons nicht abgehängt werden. Die Wichtigkeit Liestals als Mobilitätsdrehscheibe konnte mit der SMA-Potenzialstudie nachgewiesen werden. Wichtig und ganz entscheidend sind die Anschlüsse ab Liestal nach Olten. Natürlich ist auch Liestal nach Basel ausgerichtet, doch darf Liestal mit seinem Einzugsgebiet öV-mässig nicht einfach Basel zugeschlagen werden. Bei der Strecke von Liestal nach Olten hat die SBB ein Kapazitätsproblem, denn diese Strecke ist eigentlich heute schon ausgelastet und es interessiert auch ihn, ob im Zusammenhang mit der Hausteintunnel-Sanierung auch dieses Problem mit einer zweiten Röhre lösen wird. Grundsätzlich darf die Zusammenarbeit mit den SBB als gut bezeichnet werden und dies ist beim Vierspurausbau-Projekt mit Investitionen von rund 330 Mio. Franken auch wichtig. Die grössten Einschränkungen für die Bevölkerung im Zusammenhang mit diesem Bauprojekt werden dieses Jahr noch behoben sein. Der Stadtrat wird dem Rat weitere Zwischenberichte unterbreiten.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt die stadträtlichen Ausführungen zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2016/7b vom 13. April 2021 einstimmig als Zwischenbericht zur Kenntnis.

86 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Frühförderung – Postulat «Eine Strategie der Frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Richard Gafner der FDP-Fraktion (Nr. 2021-41)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Stadtrat Lukas Felix erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Lisa Faust (GL) freut es als Postulantin, dass der Vorstoss vom Einwohnerrat mit einer breiten Unterstützung unterzeichnet wurde und dass der Stadtrat diesen auch übernehmen wird. Die wichtigsten Punkte des Postulates möchte sie kurz zusammenfassend festhalten, damit gewisse Bedenken gegebenenfalls entkräftet werden können. Wer schon als Säugling und Kleinkind in der wichtigen Phase der Hirnentwicklung von geordneten und anregenden Lebensumständen profitiert, kann lebenslang von positiven Auswirkungen auf die Gesundheit, Lernfähigkeit und das Verhalten rechnen. Die frühkindliche Phase vor dem Kindergarteneintritt prägt das spätere Leben. Die Frühe Förderung bzw. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBE) hat zum Ziel, den Kindern die bestmögliche Entwicklung zu gewährleisten. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen seitens Familien und familienunterstützende sowie ergänzende Massnahmen in einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem. Damit sind aber nicht die Eigeninteressen und von Kindern abgekoppelten Interessen der Erwachsenen und der Gesellschaft gemeint. Also nicht Mozart im Mutterbauch, kein Frühchinesisch, keine Aufhebung der elterlichen Verantwortung usw. Die Frühe Förderung umfasst neben den Massnahmen der frühkindlichen Bildung auch Massnahmen aus dem Gesundheits-, dem Sozial- und Integrationsbereich. Zudem braucht es strukturelle Massnahmen wie subventionierte Kita's, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet werden kann, wie auch städtebauliche Konzepte. Leider haben in der Schweiz nicht alle Kinder die gleichen Chancen für eine positive Entwicklung. Sozialbedingte Chancenungerechtigkeit hat ihre Wurzeln oftmals schon in der frühen Kindheit, was sich besonders nachhaltig auswirkt. Studien deuten darauf hin, dass sich Unterschiede bei der frühen Entwicklung der Kinder später schwer kompensieren lassen, sich aber sogar von Bildungsstufe zu Bildungsstufe stärken. Schon beim Eintritt in den Kindergarten sind die Unterschiede gross und diese haben sich in den letzten Jahren gar noch verschärft. Etwas plakativ gesagt, ist die soziale Schere zwischen Kindern mit dem Genuss von schwer verdaulichen Hirnnahrung und den Kindern mit einem überfütterten Hirn weiter aufgegangen. Auch sollen Kinder nicht schon in den ersten Lebensjahren gefördert oder gar überfordert werden. Die Rucksäcke sind beim Kindergarteneintritt unterschiedlich gefüllt und diesem Umstand soll mit Chancen-Gerechtigkeit entgegengewirkt werden. Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund haben ungünstigere Voraussetzungen beim formellen Eintritt ins Bildungssystem. Diese Kinder werden schon früh in tiefere Schulstufen selektioniert und beanspruchen auch mehr Fördermittel, was wiederum Kosten verursacht. Die Angebote der Frühen Förderung dienen also nicht nur den Familien, sondern lohnen sich auch aus gesamtgesellschaftlicher und ökonomischer Sicht. Denn damit werden Gesundheits- und Sozialhilfekosten gespart und zudem werden selbstkompetente und verantwortungsbewusste Mitmenschen mit geringerem Risikoverhalten, erfolgreich absolviertem Bildungsweg und beruflichen Entwicklungschancen gefördert. Dazu braucht es Kantone und Gemeinden, die bedarfsgerechte Angebote für Familien und Vorschulkinder zur Verfügung stellen. Wichtig ist jedoch, dass diese dann auch von sozial benachteiligten Familien genutzt werden. Die Kosten müssen angepasst, die Eltern mit einbezogen und an die passenden Angebote vermittelt werden. Sie dankt für die Überweisung des Vorstosses und freut sich auf den stadträtlichen Bericht zum Postulat.

Dominique Meschberger (SP) führt als Mitpostulantin aus, dass wir keine Kinder-Genie's, sondern gesunde und starke Menschen brauchen. Unsere Kinder haben verschiedenste Voraussetzungen. So gibt es Kinder, die in blitzblanken sauberen Wohnungen ohne Stimulanten aufwachsen, worauf die Eltern stolz sind. Es gibt Kinder, die in einem Haus aufwachsen, wo es alles gibt, was ein Kinderherz begehrt, doch fehlt es beispielsweise an Zuneigung und Liebe. Es gibt Kinder, die in einer schönen Situation aufwachsen, doch sind deren Eltern in einer Krisensituation. All diese Kinder können nichts dafür, dass sie unter einfachen oder erschwerten Voraussetzungen aufwachsen. Es fehlt den Kindern deshalb oft an der Stimulation, dass sich ihr Hirn richtig entwickeln kann. Aus Afrika kennt man das Sprichwort «Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind erziehen zu können». Es wäre natürlich schön, wenn das auch bei uns stattfinden und von den Familien ihren Kindern angeboten werden könnte, indem nebst den Eltern, auch die Grosseltern, Gotte und Götti, Onkel und Tante etc. ein ganzes Dorf ersetzen. Im Leben vieler Kinder entspricht dies jedoch nicht der Realität. Und deshalb ist es die Aufgabe der Gemeinden, dies zu organisieren und zu ermöglichen. Mit dem Postulat soll der Stadtrat die Situation analysieren, mögliche Angebote prüfen usw. Es muss der Anreiz der Stadt Liestal sein, dass den Kindern ein guter Start in die Schule ermöglicht wird, indem beispielsweise bei Problemen und schwierigen Situationen auch ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden können, um diese lösen und verhindern zu können. An der letzten Sitzung wurde die Aussage gemacht, dass wir wegen der finanziellen Situation künftig in der 2. Klasse fahren müssen. Sie möchte daran erinnern, dass wir bei unseren Kindern und Jugendlichen aber kein Zweiklassen-System haben dürfen.

Susi Thommen (CVP/EVP/GLP) erklärt als Mitunterzeichnerin des Postulates, dass mit präventiven Massnahmen allfällige Defizite aufgefangen, Kinder im Vorschulalter gefördert und ihre Eltern unterstützt werden sollen. Ihr ist es wichtig, dass solche Angebote genutzt werden können, ohne dass unzählige Vorabklärungen getroffen werden müssen. Die Unterstützung soll niederschwellig und fördernd sein, jedoch zu keiner Überforderung führen. Die Stadt Liestal tut diesbezüglich schon einiges und sie dankt dem Stadtrat dafür, dass er das Postulat übernehmen, dieses prüfen und dann wieder berichten wird.

Richard Gafner (FDP) führt als Mitpostulant aus, dass die Frühe Förderung und Schaffung der Chancengleichheit eine bessere Integration von Kindern ermöglicht, die nicht in einfachen Verhältnissen aufwachsen. Damit haben auch diese Kinder bessere Chancen in der Bildung und im Beruf. Und bloss weil wir ein solches Angebot haben, heisst es noch lange nicht, dass dieses auch genutzt wird. Und mit der Postulatsüberweisung sollte dann der Stadtrat auch prüfen und herausfinden, ob wir das Richtige machen, ob die personelle und finanziellen Mittel auch richtig und am geeigneten Ort eingesetzt werden, ob damit Effekte erzielt werden etc. Letztlich hofft er, dass Leistungen und Angebote auch besser an das Kind gebracht werden können.

Denise Meyer (SVP) legt dar, dass der Vorstoss von keinem SVP-Fraktionsmitglied unterzeichnet wurde. Sie selbst findet die Frühe Förderung auch wichtig. Sie und ihre Fraktion vertreten aber die Meinung, dass der Vorstoss keine Kosten für Studien usw. generieren solle. In ihrer Fraktion werden verschiedene Meinungen im Zusammenhang mit der Überweisung des Vorstosses vertreten.

Daniel Schwörer (FDP) äussert, dass ihm persönlich der Vorstoss sympathisch ist und er auch die Überweisung an den Stadtrat unterstützen wird. Im Jahre 1997 hatte auch die Schweiz die Kinderrechtskonvention der UNO unterschrieben, wonach das Wohl und die Bedürfnisse der Kinder konsequent in den Mittelpunkt zu stellen sind. Die vorgängigen Ausführungen der Postulanten haben doch aufgezeigt, dass es beim Vorstoss nicht um die Genieförderung von Kleinkindern geht. Vielmehr sollen Bedingungen in den ersten entscheidenden fünf Lebensjahren geschaffen werden, die eine gelingende Entwicklung der Kinder ermöglicht. Es sollen nicht Mängel behoben, sondern die gesunden Ansätze gefördert werden. Und wie kommen die Angebote denjenigen Kindern zugute, welche diese auch gebrauchen könnten? Für die

Elternschaft braucht es ja keine Bewilligung oder ein Obligatorium für die Nutzung der Angebote, weshalb die Kita's wohl die richtigen zuständigen Stellen wären. Die Kita's werden ja von Damen und Herren geleitet, welche halt zum Teil nicht über die Ausbildung verfügen, welche es in diesem sensiblen Bereich braucht. Zu Recht hat man gehört, dass die ersten fünf Lebensjahre entscheidend und wichtig sind, deshalb müsste man ja eigentlich auch das ganze Lohnsystem überdenken, da genau diese Erzieherinnen und Erzieher am besten qualifiziert und entlohnt sein sollten. Nach dieser These sollte eigentlich mit zunehmender Schulstufe der Lohn der jeweiligen Lehrkräfte auch abnehmen. Die Wirksamkeit könnte ja hergestellt werden, indem in den Kita's höhere Berufsanforderungen gestellt werden. Wie im Postulat erwähnt, hatte der Regierungsrat im Jahr 2020 das Konzept für die Frühe Förderung veröffentlicht. Darin wird unter anderem festgehalten, dass die strategische Ausrichtung auf fünf Grundsätzen beruht. Der erste Grundsatz besagt, dass die Familie der wichtigste Ort der Frühen Förderung ist, womit die Eltern in der Pflicht sind. Im zweiten Grundsatz wird die Frühe Förderung durch den Staat als subsidiäre Aufgabe definiert, somit ist die Familie primär in der Verantwortung. Vom Kanton Basel-Landschaft ist eine Liste mit 45 Massnahmen der Frühen Förderung erstellt worden, welche in die Zuständigkeit des Kantons selber fallen. Und so müssen die Gemeinden bzw. der Stadtrat Liestal das Rad im Zusammenhang mit der Frühen Förderungen bestimmt nicht neu erfinden. So sollen gemäss Auflistung des Kantons beispielsweise familienfreundliche Rahmenbedingungen auf Gemeindeebene geschaffen werden, was mit der Aussenraumgestaltung bei Spielplätzen, Quartiertreffs, Begegnungsorten für Familien im öffentlichen Raum, die allgemeine Verkehrssituation und weitere Rahmenbedingungen möglich ist. Die Frühförderung wird als gemeinsame Aufgabe des Kantons und seiner Gemeinden bezeichnet. Dabei soll das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden, so dass in der Regel Koordinationsaufgaben und spezifische Förderaufgaben beim Kanton anzusiedeln sind, während die Umsetzung von allgemeinen Angeboten von privaten Anbietern und den Gemeinden wahrzunehmen ist. Sein Wunsch an den Stadtrat ist deshalb, dass dieser mal prüft und beachtet, was der Kanton macht und anbietet. Somit sind von der Stadt nur die ergänzenden, subsidiären und notwendigen Angebote wahrzunehmen.

Stadtrat Lukas Felix führt aus, dass man das Rad tatsächlich nicht neu erfinden muss und das Konzept des Kantons dem Stadtrat bereits bekannt ist. Im Bereich Bildung und der Fachstelle Familien ist bereits Expertenwissen vorhanden. Die Frühe Förderungen ist in der einwohnerrechtlichen SBK-Kommission bereits im Zusammenhang mit dem Finanz- und Entwicklungsplan diskutiert worden. Auch dem Stadtrat ist es wichtig, dass die Angebote auf die Kinder und deren Eltern abgestimmt werden müssen, was eine Koordination und Vernetzung der Angebote sowie Qualitätsüberprüfung nötig macht. Die Frühe Förderung ist ebenfalls ein soziales Nachhaltigkeits-Thema. Im Familienbericht des Kantons kann man unter anderem lesen, dass beispielsweise die Kita's nicht stark genug subventioniert werden und sich die Sozialhilfekosten von Familien in den Jahren 2010 bis 2020 fast verdoppelt haben. Gleichzeitig sind andere Beiträge in diesem Bereich vom Kanton sukzessive zurückgefahren worden, was er persönlich für eine sehr gefährliche und kontraproduktive Entwicklung halte. Mit der Frühen Förderung kann dieser Entwicklung etwas entgegen gewirkt werden und ebenfalls ein Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2020-41 an den Stadtrat überwiesen.

87 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Fair Trade Town – Bericht des Stadtrats zum Postulat «Fair Trade Town Liestal» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Bruno Imsand der FDP-Fraktion (Nr. 2020/203)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Pascale Meschberger (SP) kann als Postulantin feststellen, dass wir in Liestal in einem guten und tollen Ort wohnen und doch kommt es ihr manchmal so vor, dass Liestal teilweise mit angezogener Handbremse fahren würde. Ihr Postulat will doch einfach einen fairen Handel, was doch einfach und wichtig ist. Den Ablehnungsgründen des Stadtrates bzw. des ehemaligen Stadtverwalters betreffend dem Konzept kann man entnehmen, dass man den neuen Stadtverwalter vor zusätzlichen Aufgaben verschonen möchte. Es wird ja schon so sein, dass der neue Stadtverwalter viel zu tun haben wird, doch sicher nicht wegen Fair Trade Town Liestal. Denn es existiert ja in Liestal bereits eine Arbeitsgruppe, welche das Ziel des fairen Handels verfolgt. Diese arbeitet im Moment zwar auf Sparflamme, weil man die stadträtliche Antwort zum Postulat abwarten wollte, ist aber ohne Sitzungsgelder und Entschädigungen tätig und arbeitet aus Freude an der Sache sowie aus Überzeugung. Die Arbeitsgruppe wäre jedoch froh, wenn sie die Kosten von CHF 1'900 nicht selbst übernehmen müsste und sich auch die Stadt zu „Fair Trade Town“ bekennen würde, wie dies vom Dachverband verlangt wird. Auch müsste die Stadtverwaltung 3 – 4 Produkte haben, die dem fairen Handel entspringen, was wohl auch ohne grossen Aufwand machbar sein sollte. Es kann ja sein, dass noch kleinere Kosten hinzukommen und man noch ein Gesuch für den Erlass von Standgebühren zu bearbeiten hat. Bei Anlässen wird die Stadt gegebenenfalls noch um eine klein Werbeunterstützung angefragt, doch darf man dabei nicht ausser Betracht lassen, dass Liestal damit auch Werbung für sich selbst machen würde. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn Liestal nach „No Liestal“ auch mit positiven Aktionen in eigener Sache positive Werbung machen würde. Selbstverständlich macht Liestal schon viel, was lokale Produkte betrifft, wobei weitere Ergänzungen durchaus Sinn machen würden. Die SP-Fraktion wird deshalb den stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Postulates nicht unterstützen und möchte das Geschäft an den Stadtrat zurückgeben.

Bruno Imsand (FDP) findet es als Mitpostulant schön und begrüssenswert, dass auch der Stadtrat den Gebrauch regionaler Produkte und die Berücksichtigung regionaler Produktionsstätten unterstützt. Man spürt jedoch, dass der Stadtrat nun „Fair Trade Town“ einfach nicht will, wobei das Geld vermutlich nicht die wesentliche Rolle spielt. Die FDP-Fraktion ist jedoch auch der Meinung, dass Liestal im Moment grundsätzlichere und wichtigere Probleme wie beispielsweise das strukturelle Defizit usw. zu lösen hat, weshalb man den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird.

Benjamin Holinger (GL) führt aus, dass gewisse stadträtliche Berichte mit einem Warnkleber versehen sein sollten, mit welchen man darauf hinweist, dass das Lesen des Berichtes gesundheitsschädigend sein könnte. Er hatte die stadträtliche Antwort um Postulat gelesen und so haben sich doch Symptome wie bei einem erhöhten Bluthochdruck bemerkbar gemacht. Denn von Satz zu Satz ist einem immer mehr bewusst geworden, dass der Stadtrat „Fair Trade Town Liestal“ partout einfach nicht will. Und dies, nachdem man hier im Saal vor rund 2 Jahren die Klimaresolution ausgerufen hatte und immer wieder festgestellt wird, dass die Umsetzung der Postulatsvorschläge mit keinem grossen Aufwand verbunden wäre. Und im Internet konnte er soeben lesen, dass ein FDP-Stadtpäsident im Kanton Glarus sich dahingehend geäussert hatte, dass man mit kleinem Aufwand ein Umdenken bewirkt werden konnte. Es sind viel kleine Massnahmen möglich, die mit der Wirtschaftsförderung verbunden werden könnten, hätte man etwas guten Willen. Im stadträtlichen Bericht wird auf die anstehende Aufgabenüberprüfung, den Nachhaltigkeit-Workshop usw. hingewiesen und gleichzeitig die Postulatsabschreibung

beantragt, obwohl man die Resultate der Aufgabenüberprüfung und des Workshops noch gar nicht kennt. Er macht beliebt, dass man den Bericht zur Kenntnis nimmt, jedoch die Postulatsabschreibung ablehnt.

Patricia Bergamin (SVP) teilt mit, dass ihre Fraktion den stadträtlichen Bericht ebenfalls diskutiert habe und mit den stadträtlichen Antworten völlig zufrieden sei, weshalb man auch den Anträgen des Stadtrates zustimmen wird.

Susanne Thommen (CVP/EVP/GLP) berichtet, dass die Mittefraktion ebenfalls der Meinung ist, dass die Voraussetzungen und der Aufwand für das Label nicht zu hoch sind. Das Label würde auch die Denkhaltung und den fairen Umgang mit unseren Ressourcen hervorheben. Die Kosten bewegen sich unter CHF 2'000 und die Arbeitsgruppe ist ehrenamtlich tätig. Die ablehnende Haltung des Stadtrates findet man ebenfalls schade. Den Bericht nimmt man zur Kenntnis und im Zusammenhang mit der Postulatsabschreibung wurde die Stimmfreigabe in ihrer Fraktion abgemacht.

Anja Weyeneth (SP) weist darauf hin, dass lokale Produkte und Fair Trade nicht ganz dasselbe sind. Der Vergleich und die Aussagen im stadträtlichen Bericht sind doch zu wenig präzise. Die SP-Fraktion wird die Postulatsabschreibung ablehnen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass er mit einer deutlichen Minderheit an der Sitzung vom 28. Oktober 2020 erfolglos gegen die Postulatsüberweisung gestimmt hatte, da er die ganze Label-Euphorie etwas kritisch betrachte. Die stadträtlichen Antworten und dessen Haltung irritieren ihn aber doch auch, da dem Stadtrat wohl keine detaillierte Prüfung des Postulates attestiert werden kann. Natürlich hat der Stadtrat geprüft und berichtet, doch seine ablehnende Haltung und Begründung hätte er doch zumindest etwas weniger deutlich formulieren können.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erstaunen die vorgängig gemachten Aussagen betreffend der Arbeitsgruppen-Existenz doch etwas, da ihm dies nicht bekannt war. Dem Stadtrat geht es nicht um die Arbeitsentlastung des alten oder neuen Stadtverwalters sowie die Kostenfolgen von CHF 1'900. Er habe sich mit Experten auf diesem Gebiet an der Hochschule unterhalten, bei welcher er arbeitet. Ihm ist auch bewusst, dass lokale Produkte und Fair Trade zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Die Stärkung der regionalen Anbieter sowie Produkte macht auch hinsichtlich Nachhaltigkeit Sinn, was man beispielsweise mit der Lancierung des Genussmarktes usw. bereits bewiesen hat. Auch wird sich der Stadtrat das Thema Regionalität weiterhin auf die Fahne schreiben. Die Auflagen zur Label-Erreichung muss er aber doch schon fast als Etikettenschwindel bezeichnen, denn üblicherweise müssen bei einem Regionallabel eine Wertschöpfungskette sowie ein Rezept mit einem Standortnachweis usw. eingebracht werden. Der Aufwand ist dann schon grösser, doch hat man dann schlussendlich auch einen gewissen Nachweis betreffend Label-Bedeutung. Der Stadtrat sieht vor, dass man das Label „Fair Trade Town“ im Zusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsprojekt nochmals thematisiert. Diesbezüglich hatte man ja auch schon bei einem Workshop mit der Gastronomie teilgenommen. Die Energie soll in die Regionalität und nicht in ein Label investiert werden. So hofft er doch, dass der Rat den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020/203a einstimmig Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2020/203 wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.

88 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Rathausstrasse, Situationsverbesserung – Bericht Stadtrat zum Postulat «Verbesserung Situation Rathausstrasse» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion und Loris Jeitziner der SP-Fraktion (Nr. 2020-26)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Dominik Beeler (GL) dankt als Postulant dem Stadtrat für die schnelle Beantwortung seines Vorstosses. Er begrüsst den Lösungsvorschlag mit der neuen Beschilderung, welche allen Beteiligten sowie Verkehrsteilnehmern gerecht werden dürfte. Damit ist hoffentlich auch die ganze Verbotsdebatte vom Tisch. Die Kommunikation und Vermittlung ist wichtig, was vom Stadtrat bereits festgehalten wird. So hatte beispielsweise die Stadt Thun in einer ähnlichen Situation eine sehr gute Informationskampagne lanciert, welche man der Stadtverwaltung bereits zukommen liess.

Loris Jeitziner (SP) bedankt sich als Mitunterzeichner des Postulates ebenfalls für den kurzen guten Bericht des Stadtrates. Er ist optimistisch, dass mit den vorgeschlagenen Massnahmen der Verkehr beruhigt werden kann und die Veränderungen nachhaltig sein werden. Das gleiche Problem mussten andere Städte auch schon lösen und es gibt tolle Broschüren sowie Vorschläge für die Gestaltung von Signalisationstafeln etc. von Pro Velo Schweiz.

Richard Gafner (FDP) legt dar, dass der Bericht und der Lösungsvorschlag des Stadtrates in der FDP-Fraktion gut aufgenommen wurde. Es ist eine Lösung mit Augenmass und bauliche Massnahmen wären nicht nur teuer, sondern auch gefährlich gewesen. Persönlich bedauert er, dass man solche Massnahmen überhaupt ergreifen muss, weil es oftmals halt einfach am gesunden Menschenverstand fehlt. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Lorenz Holinger (SVP) informiert, seine Fraktion habe zustimmend vom Bericht und Vorschlag des Stadtrates Kenntnis genommen. Das Fahrverbot durch die Rathausstrasse sollte aber nicht nur für den Genusmarkt, sondern ebenfalls für die Warenmärkte und weitere Veranstaltungen in der Rathausstrasse gelten.

Yves Jenni (CVP/EVP/GLP) äussert, die Mittefraktion finde die Postulatsbeantwortung gut und er kann verschiedenen Voten der Vorredner unterstützen. Den Anträgen wird man zustimmen.

Stadtrat Daniel Muri dankt für die gute Aufnahme des Stadtratsberichtes und stimmt zu, dass die in Thun getroffenen Massnahmen durchaus nachahmenswert und gut sind. Zu begrüßen ist zudem, dass keine baulichen Massnahmen nötig sind und er hofft auf eine erfolgreiche Umsetzung des Lösungsvorschlages.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020-26a einstimmig Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2020-26 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

89 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Schwieri-Passerelle – Bericht Stadtrat zum Postulat «Provisorium Schwieri-Passerelle» von Sibylle Schenker sowie Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion, Domenic Schneider und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion sowie Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2021-40)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Sibylle Schenker (GL) dankt als Postulantin für die rasche Beantwortung des Vorstosses und Effort des Stadtrats zur Problemlösung. Am letzten Freitag hatte sie den Umweg auf sich genommen und so kann sie feststellen, dass die Signalisation sowie die Wartezeiten ja durchaus in Ordnung sind. Die minimale Nähe zu den Geleisen bzw. der Lärm eines durchfahrenden Zuges hatte sie aber doch recht erschreckt und diesbezügliche Ängste dürften für Kleinkinder wohl noch grösser sein. Und vor der Abschreibung des Postulates möchte sie schon noch Genaueres bezüglich dem Stand der Dinge sowie dem weiteren Vorgehen erfahren, zumal die Lösung Gartenstrasse ja auch keine echte Alternative ist.

Dominique Meschberger (SP) möchte als Mitpostulantin nachdoppeln und wissen, wie denn die Schulkinder ins Rotacker-Schulhaus kommen sollen. Sie hatte auf dem Gleis 3 gestanden und festgestellt, dass der Weg mit einer Breite von rund 1 Meter vor allem in Stosszeiten doch sehr eng bzw. zu schmal sein dürfte. Zudem stehen viele Dinge auf dem Perron herum, welche den Weg versperren und zumindest teilweise durchaus weggeräumt werden könnten, damit die Kinder nicht in die Nähe der Gleise bzw. durchfahrenden Züge ausweichen müssen und gar den zum Teil Zigaretten rauchenden Bahnbenützern ausgesetzt werden.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) findet als Mitunterzeichner des Postulates, dass man im Moment schon das Gefühl habe, gegenüber der SBB machtlos zu sein. Hoffentlich ist das nur ein subjektiver Eindruck. Auf der Oristalseite sind sicher noch Verbesserungen bezüglich dem Weg möglich. Die SBB hat bereits das Material weggeräumt, welches es nicht zwingend braucht. Und auf der Schwieriseite kann er sich auch nicht vorstellen, wo man einen Steg oder ein Provisorium hinstellen könnte, denn auf der ganzen Baustelle im dortigen Gebiet hat es schlichtweg keinen Platz. Im Zusammenhang mit den provisorischen Wegführungen sollte aber nicht nur an die Kinder, sondern auch an Menschen mit einer Gehbehinderung usw. gedacht werden.

Beat Gränicher (SVP) hält als Postulant fest, dass die Verzögerungen im Zusammenhang mit der Passerelle wohl mit der Einsprache zu tun haben. Wann wurde denn die Einsprache gemacht und weshalb hatte man nicht früher reagiert? Er dankt dem Stadtrat für die rasche Postulatsbeantwortung und ist überzeugt davon, dass der Stadtrat um Lösungen bemüht ist. Er macht sich aber schon darüber Gedanken, dass die Passerelle erst in rund fünf bis sechs Jahren kommen wird. Und er hat schon manchmal das Gefühl, dass die Anwohnerschaft vom Stadtrat hie und da etwas alleine gelassen wird und dass sich dieser nicht mit allen Kräften für die betroffene Einwohnerschaft einsetzt. Er spricht sich gegen die Postulatsabschreibung aus, denn es muss unbedingt eine schnellere Lösung im Zusammenhang mit der Passerelle gefunden werden.

Susanne Thommen (CVP/EVP/GLP) war als Mitpostulantin am letzten Donnerstag schon etwas erstaunt, als sie im Briefkasten ein Schreiben der SBB vorgefunden hatte, mit welchem sehr kurzfristig darüber informiert wurde, dass die Schwieri-Passerelle schon tags darauf gesperrt wird. Den Weg über den Bahnhof finde sie machbar, doch dieser ist insbesondere für Kinder schon sehr gefährlich. Problematisch findet sie die Gartenstrasse, welche eng ist und

über kein Trottoir verfügt. Sie ist froh darüber, wenn der Stadtrat sich weiterhin engagiert und für bessere Lösungen einsetzt.

Daniel Schwörer (FDP) meint, dass der Weg über das Perron zur besseren Sicherheit ja auch abgesperrt und zur Information für die Bahnbenutzer entsprechend signalisiert werden könnte. Angesichts der ganzen Problematik könnte man den neuen Bahnübergang ja auch als «Schwierig-Passerelle» bezeichnen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) merkt an, dass die Situation ihn auch beschäftige. Es veranschaulicht aber auch, was passieren kann, wenn einzelne Partikularinteressenten Sand in das Getriebe eines Monsterprojektes streuen. Wie bereits vorgängig festgehalten wurde, hätten wir eine neue Passerelle, hätte es keine Einsprachen gegeben. Von den Verzögerungen sind nun nicht nur die Einsprecher selbst, sondern leider auch andere Unbeteiligte direkt betroffen. Er hofft sehr schwer, dass wir dasselbe bei der Umsetzung des QP Bahnhofcorso nicht noch einmal erleben müssen. Die jetzige Situation ist sicher nicht optimal, doch sieht er es nicht ganz so schwarz. Bis im nächsten Frühjahr ist die Barriere in Betrieb, was zur besseren Sicherheit beiträgt, dann aber mit Wartezeiten verbunden ist. Ab nächsten Sommer ist der Weg beim Orisbach wieder offen und vielleicht gelingt es ja dem Stadtrat, dass dieser etwas früher geöffnet werden kann. Wenn dieser Weg schneller wieder benützbar und die Barriere länger in Betrieb wäre, müssten die Schulkinder eventuell gar nicht über den Bahnhof laufen, da ja beispielsweise der Weg über die Seltisbergerbrücke auch möglich wäre. Den neuen Weg habe er auch schon benützt und für alle Anwohner der Gartenstrasse, Langhagstrasse usw. könnte dieser gar beibehalten werden, da man viel schneller am Bahnhof ist. Jedoch sollte beim Zugang zum Perron der Zaun weiter nach vorne gezogen werden, damit der Weg nicht mehr so eng ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt die Bedenken von Postulantin Sibylle Schenker. Auch wenn von der momentanen Situation nur wenige Kinder betroffen sind, müsste die Situation entschärft werden. Eine Begleitung durch Senioren oder ein Pedibus könnten eine rasch realisierbare Lösung sein. Die frühere «Kommission für sichere Schulwege» sollte raschmöglichst wieder ins Leben gerufen werden. Sie wird der Abschreibung des Postulates auch so lange nicht zustimmen, bis dass eine gute Lösung gefunden wurde.

Bernhard Bonjour (SP) berichtet, dass man im stadträtlichen Bericht immer wieder von den SBB die Argumentation betreffend der Einsprache liest. Für die Verzögerungen und schlechte Lösung wird den Einsprechern die Schuld zugewiesen, doch diese Argumentation geht überhaupt nicht. Und wenn die Einsprache gutgeheissen wird, hatte doch die SBB folglich ein Projekt eingegeben, welches nicht alle Vorschriften erfüllt. Der SBB muss klar gesagt werden, dass sie Schuld an den Verzögerungen und momentanen Situation hat und deshalb zur Verantwortung gezogen werden soll. Die SBB muss deshalb alles Mögliche unternehmen, damit sie ihre Fehler ausbügeln kann. Oftmals wird bei Bauvorhaben ein Verkehrsdienst organisiert, welcher den Fahr- und Fussgängerverkehr regelt. Und weshalb organisiert man einen solchen Verkehrsdienst nicht auch im vorliegenden Fall, zumindest während den Schulzeiten?

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die umfangreichen Fragen und Anregungen, welche er zu beantworten versucht. Einsprache haben nicht nur einige Anwohner, sondern auch das Bundesamt für Verkehr erhoben. Die SBB muss ein neues Projekt vorlegen und hatte dies bis Mitte Sommer 2021 versprochen. Einige Sicherheitsfragen werden auch in der anschliessend stattfindenden „Fragestunde“ thematisiert. Von der SBB ist diese Woche zugesichert worden, dass in den nächsten Tagen der Perron zur Baustelle hin erweitert wird, damit genügend Platz für eine separate Wegführung vorhanden ist. Bezüglich dem Schulweg gäbe es ja auch noch die Alternative zur Gartenstrasse mit dem Weg via Weiherweg – Schwieri – zum Orisbach und dann bis zur Höhe der neuen Piste, wo später die WB hinkommt. Die Signalisation mit den aufgemalten Füßen war bereits bei der früheren Frenkensschulhaus-Sanierung erfolgreich. Die von den SBB angestellten Verkehrslotsen haben primär den Auftrag, den Baustellenverkehr zu regeln. Diesen kann nicht noch die Verantwortung übertragen werden, für die Schüler

besorgt zu sein, doch bezüglich den Fussgängern sucht man noch Lösungen. Die SBB wird von der Stadt auch bei den wöchentlichen Gesprächen immer wieder auf die aktuellen Probleme aufmerksam gemacht und gemeinsam nach Lösungen gesucht, was aber bei der momentanen regen Bautätigkeit nicht immer einfach ist. Auch werden von den SBB bereits Abklärungen betreffend einer möglichen Ausreizung der Wartezeiten bei der Barriere getroffen. Mit einer Delegation der Schwieri-Anwohnerschaft hatte man sich letzte Woche getroffen und hatte Red und Antwort gestanden. Ein weiteres Verständigungsgespräch findet in einem Monat statt. Bei dieser Gelegenheit möchte er doch auch den Mitarbeitern der Stadt ein Kompliment machen, welche bei den Gesprächen und Verhandlungen immer wieder nachhaken und intervenieren.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat schreibt das Postulat Nr. 2021-40 mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen als erfüllt ab.

90 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Fragestunde

1. Frage / Benjamin Holinger (GL) – Bezeichnung «Wasserturmplatz»

Die Bushaltestelle „Wasserturmplatz“ steht vor dem Wahrzeichen von Liestal und dem Kanton Basel-Landschaft und grenzt seit dem Stadtfest neu auch an den Törlplatz an. Warum heißt diese Bushaltestelle eigentlich noch Wasserturmplatz?

Stadtrat Daniel Muri: Die Bushaltestelle steht offiziell auf dem Wasserturmplatz und auch dieser Platz und der Wasserturm haben ihre Bedeutung. Nach der Taufe des Törlplatzes ist auch die Neubezeichnung der Bushaltestelle durchaus prüfenswert. Für Aussenstehende, die das Zentrum nicht kennen und Liestal ein erstes Mal mit dem Bus besuchen kommen, wäre die Bezeichnung «Törli» sicher hilfreich.

2. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Littering-Kontrollen statt Parkbussen

In letzter Zeit häufen sich die Reklamationen betr. Littering (Hundsreck, Wegwerfen von Zigaretten, Essensverpackung, Masken usw.) Dagegen wird kaum etwas unternommen.

Frage: Könnte man z.B. an einem Tag pro Woche statt Parkbussen zu verteilen sich gezielt den Littering-Sündern widmen? Das wäre ein Beitrag zum Thema «Lieschtel blybt sauber».

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Der THB-Sicherheitsdienst macht mehrmals in der Woche Litteringkontrolle, seit letzten Herbst sogar an den Wochenenden. Bei der Hotspot-Kontrolle lässt der Sicherheitsdienst jeweils die sich vor Ort befindlichen Personengruppen den Abfall selber wieder aufheben und entsorgen. Während der Corona-Krise wurde spür- und sehbar mehr Littering verursacht. Mit Inkraftsetzung des neuen Polizeireglementes kann Littering dann auch bestraft werden, wobei noch ein Konzept entwickelt werden muss, damit nicht gleich jeder Fall von Littering bestraft wird. Die Littering-Bekämpfung wird in Liestal auf verschiedene Arten angegangen. So wird als Prävention alle zwei Jahre in den Schulen durch gezielten Unterricht das Thema aufgearbeitet. An den 'Clean-Up Days' findet ein Sternenmarsch der Schulklassen durch Liestal statt, an welchem die Kinder unter Anleitung des Werkhofpersonals die Quartiere reinigt.

3. Frage / Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) – Glasfasernetz

Wenn ich mich auf der Website von Swisscom über die mögliche Internetgeschwindigkeit in Liestal informiere, sehe ich viele Quartiere (Oris, Sichten, Fraumatt) mit einem sehr mässigen Datenvolumen beim Download von 100 – 180 Mbit/s. Vernünftig sind heute aber Werte ab 300 Mbit/s und mit einem Glasfaseranschluss bis ins Haus sind Werte bis 10 Gbit/s möglich. Wird der Ausbau des Glasfasernetzes in der Technologie Fibre to the Home (FTTH) mit den Unternehmen Swisscom, Sunrise etc. als Ergänzung zu den Angeboten von der EBL und den bestehenden Kupferanschlüssen vorangetrieben?

Stadtrat Daniel Muri: Das Glasfasernetz wurde vor etwa 15 Jahren von der Stadt an die EBL verkauft. Seither ist dies eine Angelegenheit der EBL. Die Stadt wird aber die EBL kontaktieren, damit diese den Anregungen und Hinweisen des Fragestellers nachgehen kann.

4. Frage / Dominique Meschberger (SP) – Deponie Höli

Von der Bürgergemeinde liegt ein Baugesuch zur Änderung der Gesamtfüllmenge vor. Wie ist der Planungsstand der Deponie Höli und wann und in welcher Form wird die Stadt in die Verhandlungen einbezogen?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Die BPK und FIKO ist bereits darüber informiert worden, dass der Stadtrat mit dem Bürgerrat in Verhandlungen steht und eine Zonenplanänderung nötig sein wird, welche vom Einwohnerrat zu beschliessen ist. Das Baugesuch für die Änderung der Gesamtfüllmenge bzw. Nachfüllmenge an Deponiematerial liegt noch öffentlich bis am 21. Juni 2021 auf. Die Landschaftskommission ist im Zusammenhang mit dem laufenden Gesuchsverfahren bereits angehört worden. Dem Stadtrat ist es im Zusammenhang mit der Deponieerweiterung und dem neuen Projekt der Bürgergemeinde wichtig, dass die jährliche Befüllmenge pro Jahr klar definiert wird, damit die Deponie länger betrieben werden kann. Auch das Maximal-Volumen muss klar definiert werden. Ferner muss der Kanton andere Deponiestandorte haben. Als Uni-Standort ist die Kantonshauptstadt Liestal nicht berücksichtigt worden, doch kann es nicht sein, dass Liestal nun zur Abfall-Hauptstad des Kantons wird. Auch muss es so sein, dass Material, welches recycelt werden könnte, nicht in der Deponie Höli abgelagert wird. Es ist nicht nur die Bürgergemeinde als Eigentümerin, sondern auch der Kanton in der Pflicht, da dieser in der Vergangenheit doch recht lange Zeit seine Hausaufgaben auch nicht gemacht hatte. Die Bürgergemeinde ist federführend und die Zonenplanänderung wird zur gegebenen Zeit dem Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

5. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Bahnhofüberquerung

Für viele Schülerinnen und Schüler sowie Bewohnerinnen und Bewohner führt momentan der Weg vom Sicherternquartier ins Städtli und zurück über Perron 3. Das Perron braucht Durchgangsgqualität. Wäre es nicht sinnvoll, alles Unnötige aus dem Weg zu räumen, sprich Warte-raum, Bänke und was sonst noch so herumsteht?

Stadtrat Daniel Muri: Diese Frage hatte er bereits beim vorgängigen Traktandum beantwortet.

6. Frage / Markus Rudin (SVP) – Verkehrsumfahrung während Demo vom März 2021

Wie ist es möglich, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit der von ihm bewilligten Demonstration am 20. März 2021 einen ortsunkundigen Verkehrsdienst eingesetzt hat und sich der folgenden Konsequenzen nicht bewusst war?

Die Umfahrung im Bereich Frenke-Areal via Benzburweg zur Kasernenstrasse konnte wegen einer Baustelle gar nicht durchfahren werden. Folglich musste jedes Fahrzeug, welches dorthin gelotst wurde, wenden und auf sich alleine gestellt herausfinden, dass nur noch die Fahrt über den Seltisberg zum Erreichen eines Zielortes in Liestal oder Umgebung möglich war.

Stadträtin Regula Nebiker: Die Route hatte weitgehend der Fasnachtsroute entsprochen und die Kundgebungsrouten ist frühzeitig geplant und sehr sorgfältig sowie frühzeitig kommuniziert worden. Dies ist mit Mitteilung auf der Homepage, mit Informationsschreiben an die Bewohnenden an der Route sowie Plakaten am Mittwoch zuvor an den Einfallstoren zu den betroffenen Quartieren bekanntgegeben worden. Der Verkehrsdienst war nicht ortsunkundig und dieser konnte den betroffenen Verkehrsteilnehmern Auskunft betreffend den Umleitungen geben. Es gab aber leider auch Ortskundige Automobilisten, die trotz den erhaltenden Informationen versucht hatten, durch den Benzburweg fortzukommen. Folglich mussten diese dann wieder kehren und zurückfahren. Zudem wurde die Anzahl der Verkehrsdienstmitarbeitenden umgehend erhöht, als festgestellt wurde, dass die Gitterlistrasse länger als geplant geschlossen bleiben musste.

Zusatzfrage von Markus Rudin (SVP): Die eigentliche Fasnachtsumfahrung via Benzburweg zur Kasernenstrasse war wegen einer Baustelle nicht möglich, was er bereits in seiner Fragestellung formuliert hatte. Alle Bewohner von Liestal südlich der Bahn mussten wieder kehren und über Seltisberg fahren, um ans Ziel zu gelangen. Seine Frage ist vorgängig nicht abschliessend beantwortet worden.

Stadträtin Regula Nebiker: Die vom Fragesteller geschilderte Problematik ist tatsächlich Fact und da die Baustelle nicht allen bekannt bzw. präsent war, kam es zu den unnötigen Umwegen. Die Signalisation war vorhanden, doch hatten die meisten Automobilisten dies zu spät realisiert oder nicht gewusst.

7. Frage / Denise Meyer (SVP) - Uffertwegge

Zu unserem grossen Erstaunen wurde der «Uffertwegge» ein weiteres Mal abgesagt. Massenauflauf kann kein Grund sein, findet doch jeden Samstag der Gnussmärt statt, wo sich hunderte von Leuten auf engstem Raum einfinden. Die Kinder leiden besonders unter der Pandemie, und nun wurde ihnen auch noch dieser traditionelle Anlass vorenthalten.

Frage: Aus welchem Grund wurde der «Uffertwegge» abgesagt?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Wegen der Corona-Pandemie musste sich der Stadtrat Überlegungen machen, ob und unter welchen Bedingungen dieser Anlass durchgeführt werden könnte. Beim Genussmarkt halten sich die Leute nicht länger am gleichen Ort auf, doch dies ist bei der Uffertweggen-Abgabe mit dem Apéro wesentlich anders. Eine kontrollierte Weggen-Abgabe mit einer Kanalisierung der Leute und Absperrgittern wie an den Skiliften wäre wohl auch nicht im Sinn dieses Brauches gewesen. Damit man aber den Brauch des Uffert-Weggen nicht vergisst, spendet man den Kindergärten und Schulen ein Znüni und bei diesem Znüni werden dann die Lehrpersonen über Uffertweggen-Brauch informieren.

8. Frage / Denise Meyer (SVP) – Wegfall von Parkplätzen im Zentrum

Die Parkplatz-Situation in Liestal wird immer wie prekärer. Laufend werden Parkplätze aufgehoben, über Monate für bestimmte Liegenschaften reserviert, für Bauvorhaben jahrelang als Materiallager «missbraucht» oder umgenutzt (Behinderten-Parkplätze usw.).

Frage: Steckt hier eine Parkplatz-Abbau-Strategie der Stadt dahinter?

Stadtrat Daniel Muri: Von einer stadträtlichen Parkplatz-Abbaustrategie kann keinesfalls die Rede sein, da wir ja nachweislich genügend Parkplätze in Liestal haben. Vielmehr hat der Stadtrat als Grundlage für sein Handeln kürzlich ein Parkplatzkonzept verabschiedet und dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht. Die Vorlage wurde in der BPK und im Einwohnerrat ausgiebig diskutiert und am 20.01.2021 vom Einwohnerrat als erledigt abgeschlossen. In dieser Vorlage wurden unter anderem auch aktuelle Zahlen zum Parkplatzangebot dargelegt. Es kann durchaus als subjektive Wahrnehmung wahrgenommen werden, dass die Parkplatzsituation in Liestal immer prekärer wird. Tatsache ist aber, dass in den Parkhäusern in unmittelbarer Zentrumsnähe genügend Parkplätze zur Verfügung stehen und die Stadt Liestal immer wieder à fonds perdu-Beiträge in Millionenhöhe an die Parkhäuser bezahlt hatte. Diese Beiträge hatten nicht den gewünschten Erfolg gebracht und deshalb werden wohl keine weiteren Blankobeiträge mehr in dieser Form geleistet. Es hat immer genügend Parkplätze unter der Voraussetzung, dass die Fahrzeuge auf einen der vielen freien unterirdischen Parkplätze abgestellt werden und man auch gewillt ist, für das vielseitige Topangebot an Parkplätzen etwas zu bezahlen. Und wenn man sich dann im Stedtli einen Capuccino bis zu neun Franken leistet, dürfte wohl ein Franken für die Parkuhr auch nicht zu viel sein. Im Zusammenhang mit der verdichteten Bauweise wird auch im Zentrum der Altstadt umgebaut und saniert. Die Zulieferung und die Baustelleneinrichtung inklusive Mulden usw. für den Abtransport steht sinnvoll vor den betroffenen Liegenschaften. Den Missbrauch von Parkplätzen für Materiallager habe er auch schon festgestellt. Er selbst bezahlt für die eigenen vier Firmenautos in Liestal pauschale Parkgebühren im Betrage von rund eintausend Franken und deshalb tut ihm die Fremdnutzung solcher Parkplätze schon auch weh.

Zusatzfrage von Denise Meyer (SVP): Weshalb sind denn beim Lüdin-Areal auch nach Abschluss der Strassenbauarbeiten während Wochen öffentliche Parkplätze immer noch für umliegende Firmen abgesperrt und reserviert?

Stadtrat Daniel Muri: Diese Frage kann er heute nicht beantworten, wird diese aber abklären lassen und die Antwort der Fragestellerin zukommen lassen.

9. Frage / Reto Derungs (SP) – Öffentliches Ärgernis am Schwieriweg-Konsumweg

Einige Jahre stand die letzte Liegenschaft auf dem Weg in das Naherholungsgebiet von Liestal leer und gammelte vor sich hin. Vor ca. 3. Jahren wurde das Gebäude Opfer der Flammen und wurde ziemlich beschädigt. Nun steht das Objekt als Brandruine einfach so schäbig in der Gegend rum.

Wie sehen die Präferenzen der Eigentümerschaft dieser Liegenschaft aus? Gedenkt die Verwaltung dieses Ärgernis zu beseitigen?

Stadtrat Daniel Muri: Im Jahr 2014 wurde ein Baugesuch eingereicht. Die Stadt Liestal hat zu bereinigten Plänen im Jahr 2018 Einsprache erhoben. Seither wurden keine neuen Pläne eingereicht. Sofern die Bauherrschaft bis Ende Juni 2021 keine neuen Unterlagen einreicht, kann davon ausgegangen werden, dass das Baugesuchsverfahren vom kantonalen Bauinspektorat abgeschlossen wird. Für eine Beseitigung des Ärgernisses hat die Stadt selbst leider keine Rechtsgrundlage. Sofern eine Gefahr für Mensch und Tier bestünde, was gemäss der Einschätzung der Verwaltung im vorliegenden Fall nicht gegeben ist, könnte das Bauinspektorat auf Grundlage von § 138 RBG die Beseitigung vorschriftwidriger Zustände verfügen: Als vorschriftwidrig gilt auch der ungenügende Unterhalt von Bauten und Anlagen, wenn dadurch Gefahren für Mensch und Tier entstehen.

10. Frage / Denise Meyer (SVP) - Sicherheitsfirma

Wir haben in Liestal ansässige Sicherheitsfirmen, welche sämtliche Sicherheitsaufgaben sehr kompetent in Zusammenarbeit mit der Polizei Baselland erfüllen können. Es ist deshalb schwer zu verstehen, dass auswärtige, ortsunkundige Sicherheitsfirmen mit unseren Steuergeldern für Sicherheit sorgen.

Frage: Warum überprüft der Stadtrat das Engagement der Sicherheitsfirmen für die Stadt Liestal nicht?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Dienstleistungen durch private Sicherheitsfirmen wurden vom Stadtrat gemäss Submissionsverordnung im Februar 2021 ordentlich vergeben. Hierfür wurden fünf Firmen eingeladen, wobei auch Liestaler und regionale Firmen dabei waren. Der Zuschlag wurde nach einem Kriterienkatalog erteilt. Die Einsprachefrist ist ungenutzt abgelaufen und der Zuschlag ist in Rechtskraft erwachsen. Der aktuelle Sicherheitsdienstleister ist mit der Polizei Basel-Landschaft bestens vernetzt und die Zusammenarbeit funktioniert tadellos.

11. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Provisorischer Fussweg Schwieri-Bahnhof

Der Weg ist vom Schwieriweg her gegenüber der Bahn gut abgesichert. Aber die letzten Meter beim Peron 2 im Bahnhof sind sehr eng und führen unmittelbar und ungesichert dem Geleise entlang; Als Schulweg eine höchst gefährliche Angelegenheit.

Ich bitte den Stadtrat, im Interesse der Sicherheit für die Fussgänger dafür zu sorgen, dass auch der letzte Teil gegen die Geleise hin gesichert wird.

Stadtrat Daniel Muri: Auch diese Frage hatte der bereits beim vorgängigen Traktandum beantwortet.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Verena Baumgartner hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Fortsetzungssitzung vom 2. Juni 2021

Ratspräsidentin Verena Baumgartner informiert darüber, dass die vorgemerkte Fortsetzungssitzung vom 2. Juni 2021 nicht stattfinden wird, da die wichtigsten und dringendsten Geschäfte an der heutigen Sitzung behandelt werden konnten.

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Verena Baumgartner

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann